

## KULTUR

## PSYCHIATRIE

## BÜCHER

## ■ Wohin kommt die Zelle?



Wie kann man ein Kunstwerk retten, das aus einem kompletten Raum besteht, in einem Gebäude, das demnächst leer stehen wird – dem so genannten Festen Haus in Göttingen? Über die Zukunft der Zelle, die aus einer Vielzahl eindrucksvoller Malereien (Foto) des langjährigen Psychiatrie-Patienten Julius Klingebiel besteht, zerbrechen sich Politiker in Göttingen und Hannover den Kopf. **Seite 11**

## ■ Bärenstarke Kampagne



Die Dokumentarfilmproduzentin, Andrea Rothenburg, die Sozialpädagogin Sabine Petersen und Schirmherrin Heike Korthals haben eine Kampagne gestartet, mit der sie auf die schwierige Situation von Kindern psychisch kranker Eltern aufmerksam machen wollen, die ihre Eltern im Krankenhaus besuchen. Ziel ist, mehr Kinderfreundlichkeit in Kliniken zu initiieren, u.a. mit „Liebhab“-Bären. **Seite 6**

## ■ Ein Grenz-Gefühl



Wut ist eine Empfindung, die sehr hilfreich sein kann. Wichtig ist allerdings, sie nicht mit Aggression oder Gewalt zu verwechseln, sagt die österreichische Psychiaterin Heidi Kastner, die dem Gefühl ein eigenes Buch gewidmet hat. Darin nennt sie zahlreiche Beispiele aus der Forensik. Heidi Kastner selbst ist Chefarztin der forensischen Abteilung der Landes-Nervenlinik Wagner-Jauregg. **Seite 17**

## Immer mehr Antidepressiva

## ■ TK-Studie: Verordnungsvolumen seit 2000 verdreifacht

**Im Jahr zuvor schien schon ein Plateau erreicht, doch 2013 sind die Arbeitsunfähigkeitszeiten in Folge von Depressionen bei der Techniker-Krankenkasse (TK) erneut gestiegen: Hier nahmen die Fehltagelänge seit 2000 um fast 70 Prozent zu. Zwar wurden 2013 nur 1,6 Prozent aller TK-Versicherten wegen einer Depression krankgeschrieben – das aber immer länger. 64 Tage lang waren Betroffene zuletzt im Durchschnitt nicht arbeitsfähig. Hochrechnungen haben für 2013 insgesamt bundesweit mehr als 31 Millionen Fehltagelänge durch Depressionen errechnet. Auffällig ist im übrigen der enorme Zuwachs bei den Antidepressiva. Laut TK hat sich das Verordnungsvolumen von Antidepressiva zwischen 2000 und 2013 nahezu verdreifacht.**

HAMBURG (hin). Zugleich wurde auch erheblich intensiver mit Antidepressiva behandelt als im Jahr 2000. Diese Zahlen gehen aus dem jüngsten Depressionsatlas hervor, für den die Daten von 4,11 Millionen Erwerbspersonen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren ausgewertet – und auch die Medikationsverordnungen ausführlich analysiert wurden.

Im Jahr 2013 erhielt etwa jede 17. TK-versicherte Erwerbsperson Antidepressiva. Während je betroffene Person

im Jahr 2000 nur 106 Tagesdosen (DDD) an Antidepressiva verordnet wurden, lag dieser Wert 2013 bei knapp 214 DDD. Frauen waren insgesamt nahezu doppelt so häufig von Depressionen betroffen wie Männer, mit zunehmendem Alter nahmen die Fehlzeiten und auch die Verordnungsraten von Psychopharmaka zu. 2013 erhielten 4,4 Prozent der Männer und 7,8 Prozent

## ■ 55-59-Jährige bekommen die meisten Antidepressiva

der Frauen Antidepressiva. Männern verschrieben die Ärzte 2013 knapp zehn Tagesdosen, Frauen erhielten gut 16 Tagesdosen Antidepressiva. Die meisten Antidepressiva wurden geschlechtsübergreifend in der Altersgruppe 55-59 verordnet.

Weitere Eckdaten aus dem Depressionsatlas: Die Krankschreibungen und die Verordnungen von Antidepressiva variieren stark von Ort zu Ort. So liegt Rheinland-Pfalz trotz unterdurchschnittlicher Fehlzeiten (minus 48 Prozent) bei den Antidepressiva 20 Prozent über dem deutschlandweiten Schnitt. Unter den von Depressionen besonders betroffenen Berufsgruppen finden sich insbesondere „Medizinische Gesundheitsberufe“ sowie Callcenter-Mitarbeiter.

Bei den Wirkstoffen zeigte sich der mit Abstand größte Anstieg bei Citalopram, dessen Verordnungsvolumen sich bis 2012 im Vergleich zum Jahr 2000 verzehnfachte, zuletzt aber leicht zurückging. Als zweithäufigstes Antidepressivum wurde den TK-versicherten der Wirkstoff Venlafaxin verordnet. 48,7 Prozent aller Tagesdosen wurden von Psychiatern und Neurologen verordnet, 33,4 Prozent von Allgemeinmedizinern. Am meisten Antidepressiva wurden 2013 in Rheinland-Pfalz und Bayern verordnet. Auch in Nordrhein-Westfalen und Hamburg lag das Volumen über dem Durchschnitt.

Die Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN), Dr. Iris Hauth, kritisierte in einem Statement zum Anstieg der Fehlzeiten „alarmierende Versorgungsdefizite und große regionale Unterschiede“. Hauth weiter: „Oftmals verläuft die Behandlung viel zu einseitig und entspricht nicht der empfohlenen Kombinationstherapie aus Antidepressiva und Psychotherapie.“ Ein nationales Disease-Management-Programm (DMP) sei der richtige Weg, ferner könne eine von der DGPPN vorgeschlagene Akutsprechstunde für psychische Erkrankungen zur besseren sektorenübergreifenden Zusammenarbeit verhelfen, glaubt die DGPPN-Präsidentin.



Die Krankheit verläuft rapide, und Alice Howland (Julianne Moore) macht sich Gedanken darüber, wie ihre Zukunft aussehen soll. Foto: BSM-Studio

## „Still Alice“

## ■ Früh-Alzheimer: Film thematisiert den Kampf einer 50-Jährigen

Oscarverdächtig, zumindest die Hauptrolle: Julianne Moore wurde für ihre beeindruckende Darstellung der Dr. Alice Howland, einer Professorin, die mit 50 Jahren an einem seltenen Fall von frühem Alzheimer erkrankt, als beste Hauptdarstellerin nominiert. Und ihr werden große Chancen ausgerechnet, die Trophäe nach den Verleihungen am 22. Februar mit nach Hause zu nehmen. Bei uns kommt der Film „Still Alice“ am 5. März in die Kinos.

Zunächst sind es nur Kleinigkeiten, die kaum jemandem auffallen. Bei einem Vortrag fällt Alice, die stolz auf ihr Gedächtnis ist, plötzlich ein Wort nicht ein. Wenig später verliert sie beim Joggen die Orientierung, obwohl sie die Strecke fast jeden Tag läuft. Die 50-Jährige, die Linguistik lehrt, ahnt bald, dass mit ihr etwas nicht stimmt. Aber die Diagnose kommt trotzdem unerwartet – und erschüttert schwer. Verschärfend kommt hinzu, dass diese Form der Krankheit vererbbar ist, weshalb Alice und ihr Ehemann John

sich verpflichtet fühlen, es bald den drei älteren Kindern zu sagen. Testen oder nicht? Die zwei Schwestern entscheiden sich unterschiedlich. Lydia, die jüngere, will sich lieber ganz auf die Mutter konzentrieren und verbringt den Sommer mit ihr ...

Der Film basiert auf dem gleichnamigen Roman „Still Alice“ der Neuro-Wissenschaftlerin Lisa Genova (deutscher Titel „Mein Leben ohne Gestern“). Das Besondere an dem Buch ist die ungewöhnliche Erzählperspektive aus Sicht der Demenzkranken.

Von den derzeit in Deutschland lebenden etwa 1,2 Millionen Alzheimer-Patienten haben über 95 Prozent der Erkrankten das 65. Lebensjahr überschritten. Die familiär bedingte Frühform („early-onset Alzheimer“) setzt bei Mutationsträgern deutlich früher, vor dem 60. Lebensjahr ein. Die Gesamtzahl der Patienten mit familiärem Alzheimer in Deutschland wird auf 6000 bis 8000 geschätzt.

(hin)

## Ärzte begrüßen Cannabis-Vorstoß

## ■ Montgomery für Ausweitung von Indikationen

OSNABRÜCK (epd). Die Ärzteschaft begrüßt Pläne der Bundesregierung, Schwerkranken den Cannabis-Konsum zu erleichtern. Eine Therapie mit cannabinoidhaltigen Arzneimitteln könne für bestimmte Patienten sinnvoll sein, sagte Arztpräsident Frank Ulrich Montgomery der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Als Beispiele nannte der Präsident der Bundesärztekammer Patienten mit neurologischen Krankheiten wie

Multipler Sklerose (MS), mit spastischen Schmerzen und Patienten, die unter mehreren Symptomen wie Schmerzen, Appetitmangel, Übelkeit und Depressivität leiden.

Nach den Plänen der Bundesregierung sollen die gesetzlichen Krankenkassen die Kosten für Cannabis als schmerzlinderndes Mittel für schwerkranken Schmerzpatienten erstatten. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll noch

in diesem Jahr erarbeitet werden. Montgomery wies darauf hin, dass bereits seit Mai 2011 ein cannabinoidhaltiges Arzneimittel auf dem deutschen Markt ist. Es sei jedoch nur für eine kleine Patientengruppe zugelassen. „Grundsätzlich wäre die Zulassung von solchen Arzneimitteln auch für andere Indikationen sinnvoll und wünschenswert“, sagte Montgomery. Er schlug dazu die Berufung einer Expertengruppe vor.



## Zwang: Gerichte machten Fehler

KARLSRUHE (epd). Genehmigt ein Gericht eine Zwangsbehandlung bei einem psychisch Kranken, muss der gerichtliche Entscheid den Hinweis enthalten, dass ein Arzt die Zwangsbehandlung vornehmen und dokumentieren muss. Fehlt dieser, werden die Rechte des psychisch Kranken verletzt, entschied der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe in einem aktuellen Beschluss. Die Anordnung einer Zwangsbehandlung sei dann insgesamt gesetzwidrig. (AZ: XII ZB 470/14). Im konkreten Fall sollte eine an einer paranoiden Schizophrenie erkrankte Frau aus Lübeck zwangsweise Medikamente erhalten. Ein Psychiater hatte die Behandlung in einem Gutachten für erforderlich gehalten. Falls keine Zwangsmedikation erfolge, drohe die dauerhafte Unterbringung in einer geschlossenen Einrichtung. Sowohl das Amts- als auch das Landgericht Lübeck genehmigten die Zwangsbehandlung. Doch die Gerichte machten dabei den Fehler, dass sie versäumten, ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass die Maßnahme unter der Verantwortung eines Arztes durchzuführen und zu dokumentieren ist.

# Streit um EMDR-Qualifikation

## ■ Anforderungen zu niedrig?

BERLIN (rd). Seit Anfang Januar ist „Eye Movement Desensitization and Reprocessing“ (EMDR) als Psychotherapiemethode in der gesetzlichen Krankenversicherung anerkannt. Sie darf damit ausdrücklich innerhalb eines Richtlinienverfahrens bei Erwachsenen zur Behandlung von Posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) eingesetzt werden. Die Methode nutzt die gezielte Aktivierung von Erinnerungen an traumatische Erlebnisse bei gleichzeitigen starken Augenbewegungen, damit ein Patient belastende Erlebnisse verarbeiten kann. Sie wurde auch bisher schon im Rahmen des jeweiligen Haupt-Richtlinienverfahrens – vor allem Verhaltenstherapie oder tiefenpsychologisch fundierte Psychotherapie – angewendet. Dafür war aber kein eigener Nachweis über die Zusatz-Qualifikation nötig.

Viele Psychotherapeuten haben sich jedoch bereits freiwillig in Psychotherapie und EMDR-Behandlung fortgebildet. So beim EMDR-Fachverband EMDRIA e.V., der nun Alarm schlug: Die Qualifikationsregelungen – auf die sich ein Gremium aus Kassenärz-

ten- und Krankenkassenvertretern einigte – seien „erschreckend niedrig angesetzt“, kritisierte der Verein in einer Pressemitteilung. Sie lägen deutlich unter dem Niveau der Fachgesellschaft – die mehr als 1700 Therapeuten qualifiziert hat. Der Verband fürchtet, dass das EMDRIA-Zertifikat nicht „als Nachweis hinreichender Befähigung“ anerkannt wird.

Die Bundespsychotherapeutenkammer (BpTK) begrüßte grundsätzlich, dass ein Qualifikationsnachweis eingeführt wird. „Mit diesen Anforderungen wird klargestellt, dass die praktischen Kenntnisse ausschließlich in der Behandlung von erwachsenen Patienten mit einer Posttraumatischen Belastungsstörung zu erwerben sind, für die EMDR zugelassen und für die ihre Wirksamkeit nachgewiesen wurde. So wird auch Fehlanreizen vorgebeugt, EMDR bei anderen Patienten und weiteren Diagnosen einzusetzen“, so die Kammer.

Mehr zu den Anforderungen und zur Kritik vom EMDR-Fachverband EMDRIA e.V. unter [www.bptk.de](http://www.bptk.de) und [www.emdria.de](http://www.emdria.de).

## IMPRESSUM

Verlagsanschrift:

Vitanas GmbH & Co. KGaA  
Vitanas Sozialpsychiatrisches  
Centrum Koog-Haus  
Eppendorfer  
Koogstraße 32  
22541 Brunsbüttel  
Telefon: (04852) 96 50-0  
Telefax: (04852) 96 50-65  
E-Mail: [koog-haus@vitanas.de](mailto:koog-haus@vitanas.de)

Herausgeber:  
Matthias Roller  
Vitanas Gruppe  
Michael Dieckmann  
AMEOS Gruppe (V.i.S.d.P.)  
Internet: [www.eppendorfer.de](http://www.eppendorfer.de)  
[www.kooghaus.de](http://www.kooghaus.de)  
[www.vitanas.de](http://www.vitanas.de)  
[www.ameos.de](http://www.ameos.de)  
Redaktionsleitung, Organisation,  
Gestaltung und Produktion:  
Anke Hinrichs (hin)  
Redaktionsbüro NORDWORT  
Große Brunnenstr. 137  
22763 Hamburg  
Tel.: 040 / 41358524  
Fax: 040 / 41358528  
E-Mail: [ahhinrichs@aol.com](mailto:ahhinrichs@aol.com)

Mitarbeiter dieser Ausgabe:  
Sylvia Blankenburg, Sönke Dwenger,  
Ilse Eichenbrenner,  
Michael Freitag (frg), Esther  
Geißlinger (est), Natalie Klüver (kli)  
Dr. Verena Liebers,  
Dr. Heidrun Riehl-Halen (hrh),  
Ingrid Hilgers (hil),  
Klaus Frieling (klf), Petra Zieler (zie),  
(rd) steht  
für Redaktion, Agentur: epd

Fachbeirat:  
Dr. Klaus Behrendt (Sucht)  
Dr. Charlotte Köttgen  
(Kinder- und Jugendpsychiatrie)  
Dr. Claus Wächter  
(Gerontopsychiatrie)

Druck: Beig-Verlag, Pinneberg  
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2012.  
Der Eppendorfer erscheint zehnmal  
im Jahr und kostet jährlich 39,50 Euro.  
Für unverlangt eingesandte  
Manuskripte und Fotos wird  
keine Gewähr übernommen.

Männer und Frauen sind gleichbe-  
rechtigt – aber Texte müssen auch  
lesbar sein. Wegen der besseren Les-  
barkeit hat sich die Redaktion ent-  
schieden, auf die zusätzliche Nutzung  
der weiblichen Form zu verzichten.

## In aller Kürze

### Urteil im Fall Chantal

Drei Jahre nach dem Methadon-Tod der Elfjährigen Chantal hat das Landgericht Hamburg die Pflegeeltern zu Bewährungsstrafen verurteilt. Ihnen wird fahrlässige Tötung zur Last gelegt. Die 50 Jahre alte Pflegemutter bekam acht Monate, der 54 Jahre alte Pflegevater ein Jahr Haft auf Bewährung. Das Mädchen hatte im Januar 2012 in der Wohnung des drogenabhängigen Paares Zugang zu der nicht sicher verwahrten Ersatzdroge gehabt und eine Methadontablette genommen – offenbar in der Annahme, es sei ein Medikament gegen Übelkeit. Die Mutter hatte die Nacht außer Haus verbracht. Der Vater hatte am Morgen nicht erkannt, dass das Mädchen im Sterben lag und war zur Arbeit gegangen, ohne Hilfe zu verständigen.

Ermittlungsverfahren gegen Mitarbeiter des Jugendamtes waren schon vor längerem eingestellt worden.

### Geschlossenes Heim

Wie eine FDP-Anfrage ergab, hat Sozialsenator Detlef Scheele (SPD) im August die Gründung eines Trägers für eine künftige geschlossene Unterbringung von Kindern und Jugendlichen angeschoben. Beteiligt seien zu zehn Prozent die Stadt sowie zu je 45 Prozent die gewerbliche „social unitas GmbH“ und die gemeinnützige Grone-Schulen Niedersachsen GmbH, berichtete die taz. 16 bis 20 Plätze seien im Gespräch und ein Konzept mit mehreren Phasen.

Mehr als 20 Jahre lang hatte es in Hamburg keine geschlossene Unterbringung mehr gegeben. 2003 wurde unter der CDU-Schill-Regierung das Heim „Feuerbergstraße“ eröffnet – und 2008 auf Druck der Grünen wieder geschlossen. Zwischen 2008 und Ende 2013 wurden 52 Minderjährige in den inzwischen geschlossenen brandenburgischen Haasenburger-Heimen untergebracht. Seit April 2014 war kein Hamburger in geschlossener Unterbringung, heißt es.

### „Lex Mollath“

Eine Bund-Länder-Kommission hat Vorschläge für eine Reform der Unterbringungsregeln für psychisch kranke Straftäter vorgelegt, die nun in einen Gesetzentwurf einfließen sollen. Täter sollen demnach weiter unbegrenzt zwangsweise untergebracht werden – so lange sie gefährlich sind. Doch soll ein Täter nach sechs Jahren nur weiter in der Psychiatrie bleiben, wenn bei einer Entlassung Straftaten zu befürchten sind, „durch welche die Opfer seelisch oder körperlich schwer geschädigt werden oder in die Gefahr einer schweren körperlichen oder seelischen Schädigung gebracht werden“. Nach zehn Jahren soll es auch nicht mehr reichen, dass potenzielle Opfer nur gefährdet werden. Dann wären etwa Täter zu entlassen, die dazu neigen, unbewohnte Häuser anzuzünden. Auch sollen früher externe Gutachter hinzugezogen werden und diese regelmäßig ausgewechselt werden. (rd)

## AUS DEM INHALT

ETHIK	SUCHT
<b>Giovanni Maio und seine Kritik am Machbarkeitsdiktat</b> S. 4	<b>Cannabis: Warum Psychiater weiter warnen</b> S. 13
SCHLESWIG-HOLSTEIN	DEMENZ
<b>Erstmals Regionalbudget in der Gemeindepsychiatrie</b> S. 6	<b>Pflege gemäß der Lebensgeschichte</b> S. 14
SEXUALITÄT	PSYCHOTHERAPIE
<b>Intimität und Grenzen in der Psychiatrie</b> S. 8	<b>Streit um geplante Ausbildungsreform</b> S. 15
KULTUR	SELBSTHILFE
<b>Charlie Hebdo-Mitarbeiterin war Analytikerin</b> S. 11	<b>Angehörige schaffen Plattform für „Profierfahre“</b> S. 16

## Brief aus der Hauptstadt



Zentrum der Macht: der einst von Christo verpackte Reichstag.

## Ich packe in meinen Kulturbeutel ...

Mein Brief zum Jahreswechsel für die Doppelausgabe des „EPPENDORFER“ war längst eingetütet. Da kam noch ein Nachzügler. Der lange Tagungsherbst war noch immer nicht zu Ende und führte die üblichen Verdächtigen am 4. und 5. Dezember an den Eiffelturm. Diese hübsche Imitation flankiert das „Maison de France“ im Wedding. Mit dem Abzug der Alliierten wurden ein paar französische Kulturgüter freigegeben, und ein neuer und überaus charmanter Tagungsort war zu entdecken. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrischer Verbände konferierte zwei Tage lang zum neuen Teilhaberecht. Lag es am Tagungsort oder am so sehnsüchtig erwarteten Teilhaberecht? Ich weiß es nicht. Wenn es ein gutes Omen ist, dann müsste die Reform gelingen.

Der erste Tagungsabend führte die Berliner nach „Bonnie's Ranch“ alias Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik (KBöN), die inzwischen das Krankenhaus des Maßregelvollzugs beherbergt. Das war schon eine merkwürdige Prozession, hinter die Anstaltsmauern, vorbei an den Hochsicherheitstrakten und an der „Teilvollzugsabteilung Jugendforensik“ hin zur modernen Kirche.

Professor Bräunig hatte eingeladen zu einer festlichen Abendveranstaltung. Er ist Chefarzt von gleich zwei zu Vivantes gehörenden Psychiatrischen Kliniken: Dem Reinickendorfer Humboldt-Klinikum und der ehemaligen Nervenklinik Spandau (NKS). KBöN und NKS waren einst Landeskrankenhäuser und wurden im Zuge der Entospitalisierung aufgelöst bzw. in Allgemeinkrankenhäuser integriert. Unzählige Protagonisten der Berliner Psychiatrie-Szene waren in den letzten 25 Jahren an diesem Prozess beteiligt. Genau 2004 waren die Stationen in das Humboldt-Klinikum umgezogen, das galt es wohl zu feiern.

Auf den Sektempfang folgten die Reden, dann wanderte die Festgemeinde in das Gebäude, in dem die Ausstellung „Totgeschwiegen“ gezeigt wird. So aß und trank man unmittelbar vor den historischen Zeugnissen der „Euthanasie“, was manche merkwürdig berührte, anderen ganz besonders passend schien. Denn es war im wahrsten Sinne Geschichte allgegenwärtig. Vielleicht fiel es mir als frischer

Pensionärin besonders auf, dass die Jahre auch an allen anderen Aktivistinnen, Reformern und Akteuren nicht unbemerkt vorbeigeschlichen sind. Herr Stahlkopf und Herr Beuscher, die Damen und Herren Geschäftsführer, die Chefärztinnen, die Psychiatrie-Koordinatoren – es hilft alles nichts. Der Zahn der Zeit hat unerbittlich an uns allen genagt.

Nur wenige Wochen später erreichte der Abschiedsbrief unseres Landesbeauftragten für Psychiatrie, Heiner Beuscher, seine Adressaten. Ende Januar ging er in den Ruhestand, die Stelle wird ausgeschrieben. Es gibt wohl keinen, der die ungeheuren Umwälzungen der Berliner Psychiatrie stärker geprägt hat als er:

„Der Zahn der Zeit hat unerbittlich an uns allen genagt“.

PEP (Psychiatrie-Entwicklungsprogramm) klingt uns noch heute fast süß in den Ohren und ist unverändert aktuell; das andere PEPP (Entgeltssystem etc. pp) möge dagegen der Teufel holen.

Nach dem verlängerten Psychiatrieherbst kann ich nun endlich wieder den Kultur-Beutel herausholen und ein paar sorgfältig ausgewählte Kostbarkeiten hineinpacken. Zur Einstimmung wählte ich Frau Rohde-Dachser, die seit einigen Jahren nicht nur die Psyche, sondern auch ausgewählte Filme analysiert: „Mediale Inszenierungen des Todes im Film der Postmoderne“, ein harter Brocken. Immer wieder neu lockt die aktuelle Prinzhorn-Ausstellung „Das Wunder in der Schuheinlegesohle“ in die Sammlung Scharf-Gerstenberg. Und – täglich grüßt das Murmeltier – mein nächster Brief kommt direkt nach der Berlinale.

Ilse Eichenbrenner

## Betrifft: Abs.:

Die Autorin arbeitete als Sozialarbeiterin im Sozialpsychiatrischen Dienst Berlin-Charlottenburg und ist seit Jahrzehnten der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie und ihrem Berliner Landesverband eng verbunden. Sie hat mehrere Bücher verfasst und ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Soziale Psychiatrie“.



# Opfer brauchen Namen

■ 70 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz: Gedenken an mehr als 1000 Neustädter Euthanasieopfer

**Am 27. Januar – dem Holocaust-Gedenktage – wurde international an die Befreiung des größten NS-Vernichtungslagers in Auschwitz vor nunmehr 70 Jahren erinnert. Auch in Heiligenhafen wurde an diesem Tag der Opfer gedacht: Hier wurde an 1030 Patienten erinnert, die von Neustadt aus in Tötungsanstalten verschleppt wurden; zu Nummern abgewertet. Ihnen ihre Namen – und ihre Würde – zurückzugeben hat sich der Arbeitskreis Cap Arcona zur Aufgabe gemacht, der dabei aber auf Widerstände trifft ...**

HEILIGENHAFEN. Die erste Kerze zündete Ronald Mundhenk für einen unbekanntem Verwandten an. Dass Emil Mundhenk in der Tötungsanstalt Meseritz-Obrawalde ermordet wurde, erfuhr der Pastor erst vom Arbeitskreis Cap Arcona. Die Gruppe aus Neustadt gestaltete mit ihrem Namensprojekt die Gedenkstunde am Holocaust-Tag im Kirchenraum des AMEOS Klinikums in Heiligenhafen mit.

Die Erinnerung an die 1039 Menschen mahndend wach zu halten, die von den Nationalsozialisten aus Neustadt deportiert wurden, haben sich die beiden AMEOS-Krankenhauseelsorger Dr. Ronald Mundhenk und Stefan Kramer zur Verpflichtung gemacht. Jeweils am 27. Januar, im Wechsel in

Neustadt und in Heiligenhafen. In diesem Jahr stand das Euthanasie-Gedenken unter der Forderung „Opfer brauchen Namen“.

Denn die Patienten und Patientinnen waren nur noch Nummern, als sie ab 1940 aus der damaligen Landesheilanstalt Neustadt verschleppt und in den eigens eingerichteten Tötungsanstalten in Brandenburg, Bernburg, Meseritz-Obrawalde, Sorau, Landsberg, Tiegenhof und Kosmanos ermordet wurden. Weil sie psychisch krank, weil sie behindert, weil sie alt waren, wurde ihr Leben für unwert erklärt, und sie wurden im Rahmen des Euthanasie-Programms, der Aktion T 4, namenlos in Gaskammern geschickt, zu Tode gespritzt oder ausgehungert.

Diesen NS-Opfern, die bis heute nicht als solche anerkannt sind, ihre Namen und damit ihre Individualität und ihre Würde zurückzugeben, hat sich der Arbeitskreis Cap Arcona zur Aufgabe gemacht. Geplant ist eine Namenstafel, die auf dem Gelände des AMEOS Klinikums in Neustadt aufgestellt werden soll. Dieses Vorhaben stößt jedoch auf Widerstände.

Das Landesarchiv Schleswig, das seit 2009 die fraglichen Krankenakten aus Neustadt verwahrt, lehnte den Antrag auf Akteneinsicht ab. Mit der Begründung, dass noch lebende Angehörige die psychiatrische Erkrankung ihrer ermordeten Verwandten als Makel empfinden und sich für ihr Schicksal schämen könnten. Im Widerspruchsverfahren erhielt der Ar-



Im Kirchenraum des AMEOS Klinikums in Heiligenhafen wurden für die ersten 60 Namen von Euthanasie-Opfern, die verifiziert wurden, Kerzen entzündet. In der Bildmitte zu sehen: Krankenhauseelsorger Dr. Ronald Mundhenk. Foto: sl

beitskreis vom Schiedsausschuss des Landesarchivs die Genehmigung, die Namen der aus Neustadt Deportierten per Hand aus den Transportlisten in Schleswig abzuschreiben und sie mit den jeweiligen Todesdaten auf einer Gedenktafel öffentlich sichtbar zu ma-

chen.

Namen zu nennen sei auch aus christlicher Sicht geboten, unterstrich Pastor Kramer in Heiligenhafen: „Namen gehören zu den Eigentümlichkeiten, die unser Menschsein ausmachen. Wer Namen verwehrt,

vergeht sich am Menschen.“ Zum Ausklang der Gedenkstunde wurden unter Glockengeläut für die ersten 60 Euthanasie-Opfer, deren Namen in der Gedenkstätte Bernburg abgeglichen werden konnten, Kerzen entzündet. **Sylvia Blankenburg**

Anzeige

## „Heini“

■ Von der späten Aufarbeitung einer mörderischen Familiengeschichte

LÜNEBURG (rd). „Den Opfern ein Gesicht, den Namen wieder geben“ – so lautet der Titel einer Sonderausstellung in den Räumen der VHS Region Lüneburg (Haagestraße 4). Dort stehen noch bis zum 20. März Fotos und Lebensgeschichten von zwölf Opfern der Lüneburger „Kinder-Euthanasie“ im Mittelpunkt.

Durch die konsequente Veröffentlichung von Namen sind in Lüneburg inzwischen Kontakte zu über 80 Angehörigen von Ermordeten der NS-Psychiatrie entstanden, teilte die Bildungs- und Gedenkstätte Lüneburg mit. Welche Bedeutung die späte Aufdeckung eines Mordes innerhalb einer Familie hat und wie ein Kind nach über 70 Jahren wieder in das Familiengedächtnis zurückgeholt wurde, erzählte bei der Eröffnung der Lüneburger Sonderausstellung am 25. Januar Holger Sievers.

Es ist die Geschichte von Heinrich Herold, genannt „Heini“. „Heini“ war kleinwüchsig. Und weil ein pflichtbewusster Arzt im Gesundheitsamt Hildesheim das Kind an den „Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden“ nach Berlin meldete und drei „Reichsausschuss“-Gutachter – Kinderärzte und Psychiater – entschieden, dass Heinrich in einer sogenannten „Kinderfachabteilung“ unterzubringen sei, landete er in der für ihn zuständigen Abteilung in der Lüneburger Heil- und Pflegeanstalt. Dort wurde Heinrich Herold im Alter von sieben Jahren und zehn Monaten nach nur achtwöchigem Aufenthalt ermordet.

Hintergrund: Der damalige Leiter Willi Baumert wollte offenbar herausfinden, was die Ursache für Kleinwüchsigkeit war. Von 577 Gehirnpräparaten, die 2006 und 2012 im Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf gefunden

## Stellenausschreibung

für eine Projektleitung / Koordination

wegen Ruhestand der aktuellen langjähriger

freiraum hamburg e.V. sieht sich der

Heinrich Herold und sein Cousin Helmut Sievers (von links) im Frühjahr 1938 vor ihrem Elternhaus in Duingen. Foto: privat

wurden (der EPPENDORFER berichtete), stammen allein 208 von Heinrich Herold.

Die Familie erfuhr von all dem nichts, so die Gedenkstätte. Bis Ilse Sievers eines Sommerabends im Jahr 2013 den Fernseher einschaltete und einen Bericht über die Bestattung der sterblichen Überreste von zwölf Euthanasie-Opfern sah. Erst dadurch erfuhr sie, dass auch Heinrich Herold, der Cousin ihres verstorbenen Mannes, zu den Opfern gehörte, die in Lüneburg zu Forschungszwecken ermordet worden waren.

Dr. Carola Rudnick, Wissenschaftlerin der Bildungs- und Gedenkstätte, rief in dem Fernsehbericht all jene dazu auf, sich bei ihr zu melden, die sich noch an die Kinder Elsa Knust und Heinrich Herold erinnerten. Ilses Sohn Holger Sievers nahm daraufhin den Telefonhörer in die Hand – und heute bekommt „Heini“ durch zahlreiche private Fotos, die Ilse aufbewahrt hatte, in der Öffentlichkeit auch ein Gesicht.

## Stellenausschreibung

für eine Projektleitung / Koordination

wegen Ruhestand der aktuellen langjähriger Leitung



freiraum hamburg e.V. sieht sich der akzeptierenden Drogenpolitik verpflichtet und tritt für die Legalisierung bisher illegaler Drogen ein. In seiner Einrichtung „Abrigado“ betreibt der Verein seit 1994 im Stadtteil Hamburg-Harburg auf dem Schwarzenberg einen Gesundheits-/Fixerraum und berät KonsumentInnen illegaler Drogen. Das Team des „Abrigado“ besteht aus 22 Sozialpädagogen/Innen, Krankenpflegepersonal, Ex-Usern und studentischen Aushilfen für den Servicebereich (Cafe, Spritzentausch etc.).

Der Verein legt Wert auf Fortbildungen, Schulungen und Austausch mit anderen Drogenhilfeträgern, um den sich ständig verändernden Konsumgewohnheiten und den Veränderungen in der Szene gerecht werden zu können. In der Außenarbeit geht es entscheidend um die Akzeptanz der Einrichtung im Stadtteil, bei Parteien, Institutionen und Bürgern. Das bedingt eine intensive, offene Auseinandersetzung und Zusammenarbeit mit allen Beteiligten.

Für die Leitung des „Abrigado“ suchen wir möglichst zum 1.6.2015 eine Projektleiter/In/Koordinator/In, Vollzeit (1/4 der Stelle sind case-management Tätigkeiten) und unbefristet. Die Bezahlung erfolgt in Anlehnung an den TV-L, Stufe 11. Ein abgeschlossenes Studium ist Voraussetzung.

Idealerweise verfügen Sie bereits über Erfahrungen im Bereich illegaler Drogenarbeit, sind krisenerprobt und belastbar. Zur Projektleitung und Koordination gehört auch das Einwerben der nötigen Finanzmittel bei der zuständigen Fachbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg sowie die Verwaltung und Abrechnung dieser Mittel (Zuwendung) gegenüber der Geldgeberin. Intern werden Sie bei finanziellen, organisatorischen und buchhalterischen Arbeiten von einer Kollegin des „Abrigado“ unterstützt; extern von einem Steuerberatungsbüro.

Wenn wir Ihr Interesse geweckt haben, können Sie sich unter [www.freiraum-hamburg.de](http://www.freiraum-hamburg.de) weiter informieren, oder bei zusätzlichen Fragen unter der Nummer 0171 4845974 anrufen. Ihre Bewerbung schicken Sie bitte an: freiraum hamburg e.V., -Vorstand -, Schwarzenbergstraße 74, 21073 Hamburg oder: [verwaltung@freiraum-hamburg.de](mailto:verwaltung@freiraum-hamburg.de) z.Hd. Vorstand.